

SHORT NEWS

Mehr Gehör finden

Unter dem Thema „Landeswahlen“ lud am letzten Wochenende die Gehörlosenorganisation Daaflex die Vertreter verschiedener Parteien zu einer Diskussionsrunde ein. In den von Gebärdensprachdolmetschern übersetzten Gesprächsbeiträgen wurde erneut klar, wie sehr die Gehörlosen durch den Mangel an Dolmetschern behindert sind, und wie wichtig ihnen die offizielle Anerkennung der deutschen Gebärdensprache ist. Kritisiert wurde damit implizit erneut die Familienministerin Marie-Josée Jacobs, die einer solchen Anerkennung skeptisch gegenübersteht mit dem Argument, dass viele unterschiedliche Gebärdensprachen in Luxemburg gesprochen würden - ein irrelevanter Einwand angesichts der Tatsache, dass die meisten Gehörlosen lange nur die deutsche Sprache in der Schule gelernt haben. Verwiesen wurde auch auf die Tatsache, dass der administrative Schriftverkehr der Behörden größtenteils auf Französisch abgewickelt wird. Tilly Metz (Déi Gréng) schlug daher vor, im Familienministerium einen speziellen Ansprechpartner für Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu etablieren, der Informationen und Aktivitäten bündeln könnte. Am Herzen liegt den Gehörlosen auch die Schaffung eines zentralen Gehörlosenzentrums als Treffpunkt und Veranstaltungsort für Gehörlose und Hörende.

Le luxembourgeois en force

« Le luxembourgeois doit devenir une langue d'inclusion ». C'est en ces termes que François Biltgen (CSV), en sa qualité de ministre de l'Emploi, débuta sa conférence de presse ce lundi, lors de laquelle il présenta sa loi portant introduction du congé linguistique. La maîtrise de cette langue constitue, sur le marché du travail, un atout non négligeable. Ainsi, il sera dorénavant possible de profiter d'un « congé linguistique » afin d'apprendre les premiers rudiments de luxembourgeois ou d'en perfectionner ses connaissances. Le principe est simple : tout-e salarié-e ou indépendant-e exerçant au Luxembourg peut faire une demande auprès du ministère de l'Emploi. Après avis du ministère, un congé linguistique limité à 200 heures de cours pourra être octroyé au bénéficiaire. L'Etat remboursera pour sa part l'entreprise. Le remboursement est toutefois plafonné à quatre fois le salaire social minimum non qualifié. Si les indépendant-e-s sont par la nature des choses leurs propres patrons, les salarié-e-s doivent toutefois laisser aviser leur demande par le chef d'entreprise : si ce dernier ne peut pas la refuser, il a toutefois la possibilité de retarder le congé linguistique.

woxx@home

Feuerlöscher als Vorwand?

Bei unseren deutschen Nachbarn soll alle zwei Minuten eingebrochen werden. Immer öfter sind kleine bis mittlere Unternehmen die Leidtragenden. Zwar wird heute der Datenbestand über Virens Scanner und Firewalls vor virtuellen Eindringlingen geschützt, doch den Gedanken, dass man wichtige Daten auch durch einen Einbruch verlieren kann, verdrängen die meisten. So auch die Woxx. Geht es nicht in jedem dritten Tatort darum, dass Einbrecher, verkleidet als irgendwelche Servicemitarbeiter am helllichten Tag in aller Seelenruhe PCs abbauen - mit der Begründung, sie würden ausgetauscht? In der Woxx stand letztlich zwar kein Mitarbeiter eines Softwareunternehmens aber immerhin ein Handwerker im Blaumann auf der Matte. Er gab vor, die Feuerlöscher kontrollieren zu wollen. Angesichts des nahenden Redaktionsschlusses wimmelten ihn die gestressten woxxies freundlich aber bestimmt ab ... und erst später dünkte es ihnen, dass der gute Mann wohl was anderes als die sperrigen roten Dinger im Visier hatte.

AKTUELL

WAHLPROGRAMM

Viele Alibis

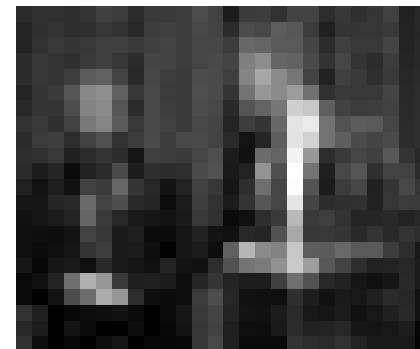
Christiane Walerich

Während die LSAP ihr Wahlprogramm diese Woche zur Abstimmung brachte, stellte die JSL ihres zunächst einmal vor.

Unbeeindruckt durch die AktivistInnen in Eisbärfellen, die draußen gegen den Klimawandel demonstrierten, wurde im Centre Barblé in Strassen das Wahlprogramm „De Roude Fuedem“ der LSAP diskutiert und schließlich einstimmig verabschiedet.

„Wir gehören nicht zu denen, die den Menschen das Blaue vom Himmel versprechen, die grün hinter den Ohren sind oder die alles schwarz malen“, wetteerte Alex Bodry, Präsident der LSAP, gegen die anderen Parteien. Bevor der Wahlprogrammtext zur Abstimmung kam, wurden jedoch einige zum Teil nicht unwesentliche Änderungsanträge angenommen: So will sich die LSAP für eine Reform des Rettungswesens einsetzen, genauer gesagt für eine Teilprofessionalisierung von Feuerwehr und Zivilschutz. Auch möchte die LSAP sich zukünftig dafür stark machen, dass der allgemeine Werteunterricht von konfessionsneutral ausgebildetem Personal erteilt wird. Die Resolutionskommission hatte diesen Antrag ursprünglich mit der Begründung abgelehnt, dass man beamtete KatechetInnen nur schwer aus dem Schuldienst entfernen könne. Ein weiterer, schließlich angenommener Initiativantrag der LSAP-Abgeordneten Lydie Err sorgte im Vorfeld für viel Diskussionsstoff: Sie forderte eine Geschlechterquote von 30 bis 50 Prozent bei Europa-, Parlaments- und Gemeindewahlen. Verglichen mit den Verhältnissen bei den anderen Parteien - die ADR habe 26 Frauen auf ihren Wahllisten, Déi Gréng 29 und die CSV 20 - würden sich bei der LSAP nur sehr wenige Frauen, nämlich lediglich 14, zur Wahl stellen, kritisierte Err. Die Quotengegner monierten dagegen, dass die Quotenregelung letztlich nur Alibi-Frauen hervorbringen würde. Andere jedoch rügten die Quoten-Diskussion als infam: „Wir sollten uns nichts vormachen: Unsere Wahllisten sind voll mit Alibi-Leuten. Wir haben Alibistaatsbeamte, Alibigemeindearbeiter, Alibiarbeiter und Alibiausländer“, stellte ein weiteres LSAP-Mitglied klar.

Um Wahlkandidaten ging es diese Woche auch bei den „Jeunes Socialistes“ (JSL), die ihre elf Kandidaten vorstellte und zudem ein eigen-



nes Wahlprogramm unter dem Motto „Jonk, rout, progressiv“ präsentierte. „Das Wahlprogramm ist in fünf Kapitel eingeteilt“, erklärte Taina Bofferding, Präsidentin der JSL. Es behandelte Aspekte wie eine eigenständige Lebensgestaltung, eine tolerante und gerechte Gesellschaft, Nachhaltigkeitskonzepte, Europa sowie Probleme, die mit den Jugendlichen am Rande der Gesellschaft zusammenhängen. Kritisiert wurde die Unterbringung der jugendlichen Straftäter in Schrässig. „Die Politik muss endlich für kleinere Auffangstrukturen sorgen, um auf die spezifischen Bedürfnisse der Jugendlichen einzugehen“, forderte Bofferding. Auch in der Psychiatrie fehle es nach wie vor an Behandlungsplätzen für Jugendliche. Weiter plädierte die JSL für eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre und kündigte an, dafür einzutreten, dass die politische Bildung in den Schulen gefördert wird. Die Partnerschaften der Uni mit anderen, ausländischen Bildungsstätten, etwa im Erasmusbereich, seien noch ausbaufähig. In der Europapolitik müsse mehr in den sozialen Bereich investiert werden: „Dass bisher hier wenig passiert ist, liegt auch an der aktuellen Kommission, die von einem neoliberalen Präsidenten geführt wird“, so Christophe Schiltz, Vizepräsident und Sprecher der Stater Sozialisten.

Welche Ideen vom JSL-Wahlentwurf übrig bleiben, wird sich an diesem Wochenende zeigen, an dem die Mitglieder aufgerufen sind, das Wahlprogramm zu verabschieden. Verworfen wurde indes schon die Forderung nach einem speziellen Jugendministerium sowie die, dass 50 Prozent der Kosten des Führerscheins bei gutem Fahrverhalten nach vier Jahren zurückerstattet werden sollen.